

Sachantrag

Antragsteller CDU-Kreistagsfraktion		Datum 09.10.2018
Beratung im Jugendhilfeausschuss	öffentlich/nichtöffentlich öffentlich	am 22.11.2018

Betreff
Ausbau der Kindertagesbetreuung

Beschlussantrag/Anfrage

- Das Ausbauprogramm für die KiTas soll in Absprache mit den Kommunen kurzfristig erweitert werden.
- Die Zusagen für die KiTa-Plätze müssen früher erfolgen.

Schilderung des Sachverhalts

Kindertagesbetreuung trägt zum guten Aufwachsen aller Kinder bei. Sie verbessert Bildungschancen, Teilhabe und Integration unterstützt Eltern in ihrem Erziehungsauftrag, ermöglicht die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und kann so auch gegen Familienarmut wirken.

Ein gutes und bedarfsgerechtes Angebot für Mütter, Väter und Kinder trägt wesentlich auch zu der Entwicklung in den Kommunen, dem Kreis und der Wirtschaft bei.

Im Bereich der Kommunen des Kreisjugendamtes Soest sind weiterhin steigende Kinderzahlen, weitere Baugebiete und höhere Nachfragewerte festzustellen. Die Erhebungen der Kinderzahlen Ü3 ergeben zusätzlich 80 Ü3 Plätze (Stand 31.07.2018).

Die Kindertagesbetreuungsangebote müssen weiter ausgebaut werden, insbesondere auch für Kinder ab dem 1. Lebensjahr. Nach der Elternzeit entstehen hier die Nachfragen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die für die Eltern und die Wirtschaft von großer Bedeutung ist. Es ist derzeit mit einem Bedarf von bis zu 150 weiteren Plätzen auszugehen. Hierzu soll in Absprache mit den Kommunen das Ausbaukonzept kurzfristig erweitert werden und zur Beschlussfassung dem Jugendhilfeausschuss vorgelegt werden.

Die Anzahl der nach dem Gesetz möglichen und auch belegten ca. 220 Zusatzplätze soll nicht schon bereits zu Beginn des KiTa-Jahres belegt werden. Um unterjährig Handlungsoptionen zu haben, ist auch hierzu ein entsprechender Ausbau nötig.

Damit Mutter und Vater nicht erst im Mai gesicherte Zusagen bzw. Betreuungsverträge von den Kindertagesbetreuungseinrichtungen erhalten, wird die Verwaltung beauftragt, frühere Lösungen zur Planungssicherheit für die Eltern aufzuzeigen und dem Jugendhilfeausschuss vorzulegen.

Wünschenswert wäre hier bereits zum Jahresbeginn entsprechende Aussagen treffen zu können. Darüberhinaus sollte im Rahmen der Digitalisierung statt der bisherigen "Kartenlösung" ein papierloses, internetbasiertes Verfahren entwickelt werden.

Soest, 19.10.2018

Ort, Datum

gez. Ulrich Häken
(Fraktionsvorsitzender)